

Digitale Probleme mit dem Deutschlandticket

Das Deutschlandticket soll den Nahverkehr in Deutschland digitalisieren, verspricht der Bundesverkehrsminister. Doch in der Region kann das Digital-Ticket in vielen Bussen gar nicht richtig genutzt werden. Auch mit der Chipkarte als Alternative gibt es derzeit Probleme.

VON BERND WIENTJES

TRIER So richtig rund läuft es beim Deutschlandticket noch nicht. Zu Beginn der Woche meldete die Deutsche Bahn eine Überlastung ihrer App bei der Buchung des seit 1. Mai bundesweit gültigen Nahverkehrstickets.

Und in der Region warten einige, die die 49 Euro teure Monatskarte als Chipkarte bei dem Bahnunternehmen DB Regio Bus Mitte bestellt haben, noch immer auf die Zusendung. Bei einem Teil der Chipkarten-Bestellungen sei es zu Verzögerungen gekommen, „sodass nicht alle Kunden ihr Mai-Ticket pünktlich zugeschickt bekamen“, teilte eine Sprecherin des Verkehrsverbunds Region Trier (VRT) auf Anfrage unserer Redaktion mit. Noch immer seien nicht alle bei der Bahntochter bestellten Chipkarten ausgeliefert. Was besonders ärgerlich für viele Jugendliche und deren Eltern ist. Weil unter 18-Jährige das Deutschlandticket nicht über die VRT-App buchen können, war die Chipkarte für sie als Alternative gedacht. Die Nachfrage nach Deutschlandtickets in Chipkartenform sei unerwartet hoch, heißt es auf der Internetseite der DB Regio Bus Mitte. „Daher verzögert sich die Bearbeitung der Bestellungen und die Zusendung der Tickets. Wir be-



Das Deutschlandticket als Chipkarte. Auch damit gibt es derzeit Probleme.

FOTO: DPA

dauern dies sehr.“

Bei einer verspäteten Zusendung der Karte biete man individuelle Not- und Übergangslösungen an, sagt die VRT-Sprecherin.

Das Bahn-Unternehmen bietet allen, deren Karte noch immer nicht angekommen ist, drei Alternativen an: Man kann darauf warten, bis die Chipkarte kommt, muss aber trotzdem den vollen Preis für Mai bezahlen. Oder man nimmt die Karte erst ab Juni und bezahlt auch erst dann. Als dritte Lösung wird angeboten: „Ich ziehe meine Bestellung zurück.“ Wie viele von dieser Alternative Gebrauch machen, ist unbekannt. Fakt ist: Der Unmut bei denjenigen, die die Chipkarte rechtzeitig vor dem 1. Mai bestellt haben und noch immer drauf warten, ist groß.

Auf Unverständnis stoßen dürfte auch die Tatsache, dass das digitale Deutschlandticket, das in der Re-

gion immerhin rund 2900 Mal über die VRT-App gebucht wurde, in vielen Regionalbussen gar nicht digital genutzt werden kann. Es gebe noch nicht in allen Fahrzeugen entsprechende Lesegeräte, sagte die VRT-Sprecherin. „Deutschlandtickets in der VRT-App kontrollieren die Fahrerinnen und Fahrer beim Einstieg durch Sichtkontrolle. Wenn sich der Barcode bei Berührung dreht, ist das Ticket gültig.“ Zudem werde der VRT und die einzelnen Verkehrsunternehmen stichprobenartig „mit Fahrer-unabhängigem“ Personal in den Bussen kontrollieren, um so auch nicht personalisierte Tickets wie etwa Chipkarten aus anderen Verbänden auf ihre Gültigkeit zu prüfen.

Offenbar nehmen es aber einige Busfahrer mit der „Sichtkontrolle“ der Tickets nicht so Ernst. Einzelne Fahrgäste berichten, dass sie beim Vorzeigen des Deutschlandtickets

auf ihrem Smartphone einfach durchgewunken wurden. Fraglich, ob es so gelingt, „den ÖPNV ins digitale Zeitalter“ zu befördern, wie Bundesverkehrsminister Volker Wissing (FDP) vor Start des Deutschlandtickets vollmundig via Twitter verkündete.

Fairerweise muss man sagen, dass der VRT wie auch andere Verkehrsverbände und auch der Sozialverband VdK bereits zu Beginn der zwei Verhandlungen zwischen Bund und Ländern über das Ticket darauf bestanden hatten, dieses auch auf Papier anzubieten – so wie es beim erfolgreichen Vorläufer, dem Neun-Euro-Ticket, im vergangenen Jahr auch der Fall war. Es war aber hauptsächlich Wissing, der sich dagegen sträubte.

Kurz vor Start des Deutschlandtickets kündigte dann das bundesweit und auch in der Region tätige Verkehrsunternehmen Transdev

an, dass man das monatlich kündbare Nahverkehrsticket sich bei ihm per Mail als PDF zuschicken und dann ausdrucken kann. Dabei wirbt der VRT dafür, das Deutschlandticket auf seiner App zu kaufen, weil damit sichergestellt werde, dass „das Geld dann schnell bei den hier zuständigen Busunternehmen“ ankomme. „Denn es ist noch nicht absehbar, wann die bundesweiten Einnahmen des Deutschlandtickets an die Verkehrsunternehmen in Deutschland verteilt werden“, heißt es beim VRT.

Ob die bislang rund 2900 über die App verkauften Deutschlandtickets viel oder wenig sind, will

man beim Verkehrsverbund derzeit nicht bewerten. Bis Ende des Jahres rechnet man mit einer Zahl von verkauften 49-Euro-Tickets „im mittleren fünfstelligen Bereich“ in der Region, „dann, wenn alle Abo-Wechsel vollzogen sind“.

Das deutet darauf hin, dass längst noch nicht alle Inhaber von Zeitkarten auf die zumeist billigere Alternative des Deutschlandtickets umgestiegen sind. Allerdings schreibt der VRT selbst auf seiner Seite, dass der Wechsel von Bestandskunden zum 49-Euro-Ticket „gut überlegt“ sein soll. Denn das neue Ticket behalte nicht alle Vorteile, der derzeitigen Mobiltickets in der Region.

MEINUNG

Warten aufs digitale Zeitalter

Das ist also das „digitale Zeitalter“ des Öffentlichen Nahverkehrs, von dem Bundesverkehrs- und Digitalisierungsminister Wissing so schwärmt: Man lädt sich das Deutschlandticket auf sein Smartphone und der Busfahrer kontrolliert per Sichtkontrolle und indem er den QR-Code berührt, ob die Fahrkarte gültig ist. Und das nur, weil es in vielen Bussen in der Region gar keine Scanner gibt, mit dem die Ticketdaten eingelesen werden können.

Sorry, lieber Verkehrsverbund VRT, ist das Euer Ernst? Ihr werbt damit, das Deutschlandticket und auch alle anderen Fahrkarten über Eure App zu kaufen, aber die Busfahrer können diese gar nicht kontrollieren? Wer ein Digitalticket in der Region nutzt, weiß, dass in vielen Bussen diese nur sehr halbherzig oder gar nicht kontrolliert werden. Und noch immer werden die Zeitkarten in der Region ausschließlich auf Papier ausgegeben. Das ist ein Beispiel dafür, wie es um die (Nicht-)Digitalisierung in vielen Bereichen noch immer steht.

Seit September vergangenen Jahres wurde über die Einführung des Deutschlandtickets diskutiert. Und von Anfang an war klar, dass der Bund die digitale Version der Monatsfahrkarte favorisiert. Unabhängig davon, dass seitdem Zeit genug gewesen wäre, Lesegeräte für alle Busse anzuschaffen – was zweifelsohne mit zusätzlichen Kosten für die Unternehmen verbunden gewesen wäre –, stellt sich die Frage, warum nicht vorher schon die längst überfällige Digitalisierung im Nahverkehr eingeleitet worden ist. In den Bussen in der Region befindet man sich weiterhin im digitalen Nirvana.

b.wientjes@volksfreund.de



Bernd Wientjes

Fall Dillinger jetzt auch Thema im Rechtsausschuss

MAINZ (RZ) Der Fall des verstorbenen Trierer Bistumpriesters Edmund Dillinger war auf Antrag der Grünen-Landtagsfraktion Thema im Rechtsausschuss des rheinland-pfälzischen Landtags. Justizminister Herbert Mertin (FDP) berichtete in Mainz noch einmal, dass die Staatsanwaltschaft Saarbrücken mitgeteilt habe, einen Prüfvorgang angelegt zu haben. Das heißt, dass Vorermittlungen geführt würden, ob „Anhaltspunkte für eine etwaige Tatbeteiligung weiterer Personen an konkreten verfolgbaren Missbrauchstaten bestünden“.

Der Justizminister erläuterte den Ausschussmitgliedern außerdem, dass die Staatsanwaltschaft Mainz gegen den Neffen des verstorbenen Priesters, Steffen Dillinger, ein Ermittlungsverfahren wegen des Besitzes jugendpornografischer

Inhalte eingeleitet hat.

Wer, wie Steffen Dillinger, mutmaßliche Bilder von Missbrauch im Nachlass findet und zunächst verwahrt, macht sich, so die aktuelle Rechtsprechung, strafbar. Schon der bloße Besitz dieses Materials ist strafbar. Mertin erklärte, dass er aus Gesprächen mit Bundestagsabgeordneten wisse, dass man den Paragraphen ändern wolle. Er könne aber nicht sagen, wann hierzu ein Gesetzentwurf aus Berlin komme.

Der FDP-Politiker erklärte weiter: Der Neffe habe das Material freiwillig herausgegeben. Es sei nun von der Staatsanwaltschaft Mainz beabsichtigt, es auf seine strafrechtliche Relevanz zu überprüfen. Über eine Selbstanzeige von Steffen Dillinger lägen den Staatsanwaltschaften Rheinland-Pfalz keine Erkenntnisse vor, so Mertin.

Warum ist die Eifeler Ex-Bundestagsabgeordnete Elke Leonhard aus der SPD geflogen?

Wer Mitglied in einer Partei ist, muss Beitrag zahlen. Das gilt natürlich besonders für prominente Parteimitglieder. Was passiert, wenn ein Promi-Mitglied nicht zahlt, davon kann die Manderscheiderin ein Liedchen singen.

VON ROLF SEYDEWITZ

BITBURG „Elke wer?“ Wer sich im Kollegen- und Kolleginnenkreis nach Elke Leonhard erkundigt, stößt in vielen Fällen auf Achselzucken: „Elke Leonhard? – Wer soll das sein?“ Vor 20 Jahren war das noch ganz anders. Da war „Frau Doktor“, wie Elke Leonhard auch gerne genannt wurde, zumindest den politisch halbwegs Interessierten ein Begriff. Die Frau aus Manderscheid saß für die SPD und den Wahlkreis Bitburg im Bundestag, leitete dort zeitweise den Kulturausschuss und war Präsidentin der mondänen Parlamentarischen Gesellschaft. Wenn die Ehefrau des (im August 2014 verstorbenen) Historikers und Publizisten Wolfgang Leonhard in den 90er und 2000er Jahren irgendwo auftrat, bekam man das unweigerlich mit. Der promovierten Genossin mangelte es nicht an Selbstbewusstsein, Elke Leonhard verschaffte sich Gehör.

Doch seit sie 2005 nach 15 Jahren aus dem Deutschen Bundestag flog, und es auch vier Jahre später mit dem Wiedereinzug nichts wurde, ist es ruhig geworden um die mittlerweile 73-jährige Ex-Parlamentarierin.

Doch der Eindruck täuscht offenbar. „Ich bin gerade auf dem Sprung nach Lateinamerika“, sagt Leonhard, als unsere Redaktion sie diese Woche auf dem Handy anruft. „São Paulo, Buenos Aires, Cuba, Puerto Rico und Amerika“ zählt Leonhard als Stationen ihrer mehrwöchigen

Reise auf. „Ich treffe da ein paar Leute“, fügt sie hinzu und sagt, dass sie immer noch „sehr gerne und mit großer Freude im schönen Manderscheid“ sei, aber eben auch „immer seltener“. Sie habe ja noch eine Wohnung in Berlin, sei im Bereich Wirtschaftsberatung aktiv und sitze in mehreren Gremien und Stiftungen.

Interessant! Aber was ist eigentlich mit ihrer Mitgliedschaft in der SPD, der Partei, über deren Bewusstseinsbildung Elke Leonhard einst promoviert hat und in die sie mit 19 Jahren eingetreten ist? Da gibt es plötzlich das Gericht, dass Leonhard der Partei gar nicht mehr angehört, dass sie entweder ausgetreten oder ausgeworfen sei ... Stimmt das, Frau Doktor?

Die Antwort klingt etwas unweigerlich. Sie habe ihren Mitgliedsbeitrag eingefroren, sagt Leonhard und fügt hinzu, sie sei eine Sozialdemokratin, die mit der Partei immer mal wieder im Clinch gelegen habe. „Ausgetreten bin ich jedenfalls nicht! Ich bin nicht ausgetreten, und ich werde auch nicht austreten!“

Trotzdem ist Elke Leonhard kein SPD-Mitglied mehr. Das sagt jedenfalls eine Sprecherin des Landesverbands der Partei auf Anfrage unserer Redaktion. Mehr sagt die Sprecherin aber nicht – „aus datenschutzrechtlichen Gründen, Sie verstehen?“

Und was sagt das ehemalige Promi-Parteimitglied? Elke Leonhard sagt, dass sie viel Geld in ihren Wahlkampf reingesteckt und die Partei ihr keinen Zuschuss gegeben habe. „Dann habe ich das von dem Mitgliedsbeitrag abgezogen“, fügt

Leonhard hinzu. Etwas später sagt sie noch, dass sie die Zahlung ihrer Mitgliedsbeiträge „schon länger auf Eis gelegt“ habe. Wie lange genau, könne sie nicht sagen.

Man könnte annehmen, dass seit Einstellung der Zahlungen schon einige Jährchen vergangen sind. So oder so: Laut SPD-Finanzordnung müssen SPD-Bundestagsabgeordnete und Regierungsmitglieder monatlich mindestens 300 Euro zahlen. Bei gewöhnlichen Mitgliedern ist der Monatsbeitrag abhängig vom Nettoeinkommen und beträgt zwischen sechs Euro und mehreren Hundert Euro.

Wenn ein Mitglied nicht zahlt,

wird es schriftlich ermahnt. Zahlt er oder sie auch nach der zweiten Mahnung nicht, fliegt das Mitglied am Monatsende automatisch aus der Partei. Genau dieses Schicksal dürfte irgendwann auch Elke Leonhard widerfahren sein, auch wenn sie sagt: „Mir wurde nichts mitgeteilt.“

Trotz des ganzen Hickhacks hängt die mittlerweile wohl nach Lateinamerika abgedüstete Ex-Genossin immer noch an ihrer Partei. Sollte sie tatsächlich aus der SPD geflogen sein, könne man sich ja mal zusammensetzen, „wie das Usus ist, unter zivilisierten Leuten“. Sie sei dazu jedenfalls bereit.



Seit irgendwann nicht mehr in der SPD: die ehemalige Bundestagsabgeordnete Elke Leonhard.

FOTO: ARCHIV/KLAUS KIMMLING

Vor Prozess in Koblenz: So wird Lauterbach geschützt

BERLIN/KOBLENZ (dpa) Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach steht nach eigenen Angaben rund um die Uhr unter Personenschutz. Heimlich rausgeschlichen habe er sich aber noch nie, wie er nun in einem Interview erzählte. „Wenn schon so ein großer Aufwand für meinen Schutz betrieben wird, dann gefährde ich mich doch nicht selbst. Personenschützer verdienen, dass man mitmacht.“

Er habe die höchste Sicherheitsstufe überhaupt, sagte der SPD-Politiker. Die Vorkehrungen umfassen demnach 24 Stunden seines Alltags. Lauterbach äußerte sich aus Sicher-

heitsgründen nicht zu Einzelheiten.

Hintergrund ist ein in knapp zwei Wochen am Oberlandesgericht in Koblenz beginnender Prozess gegen vier Männer und eine Frau. Sie sollen es sich laut Anklage zum Ziel gesetzt haben, „mittels Gewalt sowie zumindest unter Inkaufnahme von Todesopfern in Deutschland bürgerkriegsähnliche Zustände auszulösen und damit den Sturz der Bundesregierung und der parlamentarischen Demokratie herbeizuführen“. Teil der Pläne sei auch die Entführung Lauterbachs gewesen. „gegebenenfalls nach Tötung seiner Personenschützer“.

Produktion dieser Seite:
Marius Kretschmer